



komba gewerkschaft

Die Kommunalgewerkschaft für Beamte und Arbeitnehmer

komba gewerkschaft bonn

Berliner Platz 2 53111 Bonn
Postfach 30 08 07, 53188 Bonn
☎ 0228/69 01 69
Fax 02 28 / 9 65 41 55
E-mail komba-bonn@t-online.de

An alle
Bonner Medien

29.06.2010

Pressedienst

Personalpolitische Plan- und Ratlosigkeit der schwarz-grünen Ratsmehrheit

Begrenzung der Personalkosten und Stellenplanfortschreibung bei der Stadtverwaltung Bonn

Durch einen Änderungsantrag für den morgigen Hauptausschuss fordern die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen einen Personalkostenabbau von mindestens 1,5 Millionen Euro. Diese pauschale Forderung ist nach Meinung der komba gewerkschaft bonn/rhein-sieg "blauäugig" und undurchdacht.

Eine nicht unerhebliche Zahl der Beschäftigten bei der Stadt Bonn sind Beamte und langjährig Beschäftigte. Darüber hinaus schließt die Politik "betriebsbedingte Kündigungen" aus. Wir fragen, wie soll der Personalabbau erfolgen?

Die Politik stellt Vergleiche zwischen kreisfreien Städten an und beruft sich dabei auf den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt. Diese Vergleiche mit anderen Städten sind nicht neu. Vor Jahren wurden beispielsweise dabei die Universitätsstädte Münster und Bonn verglichen. In Münster gab es deutlich weniger Beschäftigte in Kindertagesstätten als in Bonn. Bei unseren Nachforschungen stellten wir fest, dass in Münster weitgehend kirchliche Einrichtungen existieren, im Gegensatz zu Bonn. Wenn sich die schwarz-grüne Ratsmehrheit nunmehr auf den Kennzahlenvergleich des Gemeindeprüfungsanstalt stützt, ergibt das in vielen Fällen ein "schiefes Bild".

Aus der Konzeption zur Begrenzung der Personalkosten der Stadtverwaltung Bonn, ergibt sich, dass in den letzten Jahren über 1000 Stellen eingespart worden sind. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtstellenzahl von über 20 %.

komba-Chef Christoph Busch: *"Diesen Beitrag zur Reduzierung der Personalkosten haben die städtischen Beschäftigten bis heute bereits erbracht. Mit viel Engagement und Leistungsbereitschaft haben die Kollegen die Leistungsverdichtung und Mehrbelastung aufgefangen, ohne dass es zu einschneidenden Veränderungen für die Bonner Bürgerinnen und Bürger gekommen ist. Jetzt ist die Schmerzgrenze erreicht."*

Im Vergleichszeitraum wurden zwar auch über 500 neue Stellen eingerichtet, diesen Stellen stehen aber auch zusätzliche Aufgaben wie zum Beispiel durch die Einrichtung der offenen Ganztagschulen als auch die Übernahme von Kindertageseinrichtungen gegenüber.

Der Vorschlag der schwarz-grünen Ratsmehrheit, mit der Rasenmähermethode nun weitere 50 Stellen als Zielgröße einzusparen, ist an Rat- und Planlosigkeit nicht mehr zu überbieten.

Die Ratsmehrheit trägt ständig parteipolitische Scharmützel insbesondere beim Thema WCCB mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung aus und vergisst dabei, ihre eigentlichen Hausaufgaben zu erledigen. Die Politik muss entscheiden, welche Leistungen in welchem Umfang für die Menschen in Bonn angeboten werden sollen. Pauschale Stellenstreichungen sind fantasielos und ein Ausdruck von Hilflosigkeit.

Die komba gewerkschaft bonn hätte sich gewünscht, wenn Grüne und CDU im Vorfeld mal mit den städtischen Personalräten und mit der komba Kontakt aufgenommen hätten, um gemeinsam eine Strategie für eine zukunftsfähige Stadtverwaltung und ein zukunftsfähiges Bonn zu entwickeln. Wir bieten der Politik diesen Zukunftsdialog an und erwarten eine konstruktive Zusammenarbeit, um den Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft einen qualitativ hohen Service anbieten zu können.

komba-Chef Christoph Busch: *"Wir haben den Eindruck, dass es der schwarz-grünen Mehrheit mehr um Selbstverwirklichung und um das verbale Einprügeln auf den Oberbürgermeister und damit auch auf die Beschäftigten der Stadtverwaltung geht, als konstruktiv eine kritische Aufgabenanalyse zu betreiben, um den Herausforderungen für Bonn gerecht zu werden."*

Für Rückfragen: Rainer Friedrich 0170/4681835